



Bundesbeschluss über das zweite Programm zur Beseitigung von Engpässen im National- strassennetz und über die Freigabe der Mittel

Ergebnisbericht über die Vernehmlassung

INHALTSVERZEICHNIS

1. Zusammenfassung der Ergebnisse	3
2. Einleitung.....	4
2.1. Ausgangslage und Gegenstand der Vernehmlassung.....	4
2.2. Vernehmlassungsteilnehmende	4
2.3. Vorbemerkung über die Zusammenstellung der Eingaben.....	4
3. Zusammenstellung der Vernehmlassungseingaben.....	5
3.1. Allgemeine Beurteilung der Vernehmlassungsvorlage	5
3.2. Wichtige aufgeworfene Themen.....	5
3.3. Eingegangene Stellungnahmen zu den Fragen des Fragebogens.....	5
3.3.1. Grundzüge der Vorlage	5
3.3.2. Modulzuteilung	6
3.3.3. Finanzierung Projekte Modul 3.....	7
3.3.4. Weitere Bemerkungen.....	8
4. Liste der Vernehmlassungsadressaten mit eingereichten Stellungnahmen	9
4.1. Kantone / Kantonskonferenz	9
4.2. Gemeinden / Städte / Bezirke / Regionen	9
4.3. Politische Parteien.....	10
4.4. Gesamtschweizerische Verbände / Vereine / Organisationen.....	10
4.5. Weitere	11

1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Kernelement der Vernehmlassungsvorlage war die Fortschreibung des Programms zur Beseitigung der Engpässe im Nationalstrassennetz mit der Freigabe der finanziellen Mittel für drei weitere vordringliche Projekte.

Mehrheitliche Zustimmung zum Programm Engpassbeseitigung

Ein Grossteil der Konsultierten hat die Vorlage positiv aufgenommen. Vor allem in der Region St. Gallen/Appenzell haben sich viele Gemeinden, Bezirke sowie Verbände und Institutionen zur Lösung in St. Gallen positiv geäussert und unterstützen diese.

Einige beklagen, dass auf den Nationalstrassen trotz Umsetzung des Programms Engpässe in erheblichem Umfang bestehenbleiben. Sie fordern, dass die Projekte beschleunigt und rascher umgesetzt werden sollen.

Eine Minderheit lehnt den weiteren Ausbau der Nationalstrassen grundsätzlich ab. Sie verlangt eine verkehrsträgerübergreifende Gesamtschau und die Förderung der Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr. Sie befürchtet, dass mit dem Ausbau der Nationalstrassen zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden, die wiederum die Zersiedelung fördern würden.

Breite Zustimmung zu den vordringlichen Projekten

Das Modul 1 mit den drei vordringlichen Projekten 6-Spur-Ausbau Meyrin / Vernier – Le Vengeron, 6-Spur-Ausbau Luterbach – Härkingen sowie 4-Spur-Ausbau – Andelfingen – Winterthur samt Finanzierung ist bei der Mehrheit der Konsultierten unbestritten.

Vereinzelt Anpassungen an der Priorisierung der Projekte

Verschiedene, direkt betroffene Kantone fordern Anpassungen an der Zuordnung der Projekte zu den Modulen (s. Tabelle unter 3.3.2). Gefordert wird fast ausschliesslich die Aufklassierung der Projekte in ein Modul mit einer höheren Priorität. Zudem werden vereinzelt weitere Projekte zur Aufnahme ins Modul 4 vorgeschlagen.

2. Einleitung

2.1. Ausgangslage und Gegenstand der Vernehmlassung

Am 10. April 2013 beauftragte der Bundesrat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK, eine Vernehmlassung zum „Bundesbeschluss zum zweiten Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und zur Freigabe der Mittel“ durchzuführen. Diese wurde am 10. April 2013 eröffnet und dauerte bis zum 7. August 2013. Zur Vernehmlassung eingeladen wurden die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die auf gesamtschweizerischer Ebene tätigen Wirtschaftsverbände und Organisationen, die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie weitere interessierte Kreise.

2.2. Vernehmlassungsteilnehmende

Bis zum 7. August 2013 gingen insgesamt 106 Stellungnahmen ein (siehe Kap. 4). An der Vernehmlassung beteiligten sich 26 Kantone, die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), 24 Gemeinden, Städte, Bezirke und Regionen sowie 13 nationale, kantonale und kommunale politische Parteien. Hinzu kamen 25 gesamtschweizerische Verbände, Vereine oder Organisationen sowie 17 weitere Institutionen.

2.3. Vorbemerkung über die Zusammenstellung der Eingaben

Die teilweise umfangreichen Vorschläge für Änderungen, Präzisierungen und Ergänzungen werden im Folgenden gerafft und auf die wesentlichen Punkte bezogen dargestellt. Eine Zuordnung in den jeweiligen Tabellen unter "ja" respektive "nein" wurde nur bei Eindeutigkeit der Aussagen erfasst. Allfällige Vorbehalte sind im jeweiligen Kommentar zu den Tabellen dargestellt.

Zahlreiche Konsultierte haben sich zu zentralen Fragen mehrmals geäußert: Ein erstes Mal im grundsätzlichen Teil ihrer Stellungnahme, ein zweites Mal beim Beantworten des Fragebogens und oft ein drittes Mal bei der Zusammenfassung ihrer Stellungnahme. Solche Mehrfach-Antworten sind in diesem Bericht nur einmal vertieft behandelt, in der Regel bei der Auswertung der Antworten zum Fragebogen (siehe Kap. 3.3). Einige Konsultierte haben sich nur zu einzelnen Punkten der Vorlage geäußert. Stellungnahmen, die sich nicht oder nur entfernt auf die Vorlage beziehen, wurden im vorliegenden Bericht nicht berücksichtigt.

3. Zusammenstellung der Vernehmlassungseingaben

3.1. Allgemeine Beurteilung der Vernehmlassungsvorlage

Die Kantone, strassenfreundlichen Verbände sowie die FDP, Die Liberalen, die CVP und die SVP haben die Vorlage insgesamt positiv aufgenommen. Das Modul 1 mit den drei vordringlichen Projekten und die beantragte Freigabe der dafür erforderlichen finanziellen Mittel sind weitestgehend unbestritten.

Die glp ist grundsätzlich damit einverstanden, dass die wichtigsten Engpässe mit Erweiterungsprojekten beseitigt werden, sofern sichergestellt ist, dass vorab Massnahmen zur Verkehrsvermeidung ergriffen worden sind und gewährleistet ist, dass die vorhandene Infrastruktur optimal genutzt wird.

Die SP betont, dass sie vor allem im Hinblick auf die Umsetzung der Massnahmen der Agglomerationsprogramme dem Infrastrukturfondsgesetz (IFG) zugestimmt hat. Sie geht davon aus, dass die Massnahmen der Engpassbeseitigung die Verkehrsprobleme nicht lösen, sondern vielmehr eher verschärfen werden.

Eine Minderheit bestehend aus strassenskeptischen Verbänden lehnt die Vorlage ab. Sie lehnt den Ausbau der Nationalstrassen grundsätzlich ab und fordert den Einsatz der finanziellen Mittel für Projekte des öffentlichen Verkehrs.

3.2. Wichtige aufgeworfene Themen

- Einige der Konsultierten sprechen sich dafür aus, die Projekte zu beschleunigen und rascher umzusetzen, da das Geld im Infrastrukturfonds bereit gestellt worden sei.
- Der Kanton Schaffhausen würde es begrüssen, wenn die Baureife bei der Modulzuteilung berücksichtigt würde. Er schlägt vor, die Projekte aus Modul 2 und 3 zusammenzunehmen und gemäss Baureife abzuarbeiten.
- Eine Minderheit der Konsultierten bemängelt, dass in der 1. und der 2. Programmbotschaft nicht derselbe Zeithorizont verwendet wurde und die Vorlagen dadurch nicht verglichen werden könnten.
- Diverse Konsultierte weisen darauf hin, dass die flankierenden Verkehrsmanagement-Massnahmen eine wichtige Funktion in der Engpassbeseitigung inne hätten und daher unbedingt rasch umzusetzen seien.

3.3. Eingegangene Stellungnahmen zu den Fragen des Fragebogens

3.3.1. Grundzüge der Vorlage

Übersicht Einverständnis mit den Grundzügen der Vorlage	Ja	Nein
• Kantone / Kantonskonferenz	24	1
• Parteien und Sektionen	11	--
• Gemeinden / Städte / Bezirke / Regionen	17	--
• Gesamtschweizerische Verbände / weitere Institutionen	32	4

- Die Mehrheit der Konsultierten begrüsst die Engpassbeseitigung grundsätzlich. Viele betonen den dringenden Handlungsbedarf und bedauern, dass nur die dringendsten Engpässe beseitigt und somit viele Engpässe bestehenbleiben werden.
- Viele Konsultierte heben die Wichtigkeit von einwandfrei funktionierenden Nationalstrassen für die schweizerische Wirtschaft hervor.
- Einige der Konsultierten setzen sich für die Beseitigung weiterer Engpässe und die Bereitstellung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel ein. Zudem sollen die vorhandenen

finanziellen Mittel aus dem Infrastrukturfonds rascher eingesetzt werden, indem die Projekte beschleunigt werden.

- Der Kanton Freiburg weist darauf hin, dass die Engpässe teilweise nicht beseitigt, sondern nur auf einen anderen Nationalstrassenabschnitt verschoben würden.
- Die Parti Pirate Suisse möchte die Möglichkeiten der Transmodalitäten besser ausschöpfen, indem zum Beispiel die Möglichkeiten des Park and Ride untersucht werden.
- Der Kanton Tessin ist mit der Vorlage nicht einverstanden. Nach seiner Ansicht sind die Kriterien zu wenig klar und mögliche Alternativen nicht genug berücksichtigt. Zudem würden die neuen Nationalstrassenabschnitte, die der Bund mit der Anpassung des Netzbeschlusses allenfalls übernimmt, in der Vorlage fehlen. Der Kanton Tessin schlägt vor, die Engpassbeseitigungsvorlage in die Vorlage über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) zu integrieren.
- Alpeninitiative, Greenpeace, Pro Natura, VCS und SP befürchten, dass mehr Strassen mehr Verkehr bewirken. Sie schlagen vor, die vorhandenen finanziellen Mittel in den Agglomerationsverkehr zu transferieren, da die Probleme in den Agglomerationen am grössten seien.

3.3.2. Modulzuteilung

Übersicht Zustimmung zum Inhalt der Vorlage	Ja	Nein
• Kantone / Kantonskonferenz	9	2
• Parteien und Sektionen	9	--
• Gemeinden / Städte / Bezirke / Regionen	13	4
• Gesamtschweizerische Verbände / weitere Institutionen	27	1

- Es haben sich sehr viele Gemeinden, Städte, Bezirke, Regionen, Verbände und Institutionen aus der Region St. Gallen und Appenzell gemeldet, die überaus erfreut über die Zuteilung der 3. Röhre Rosenbergertunnel zu Modul 2 sind.
- Zahlreiche der Konsultierten stimmen der Modulzuteilung nur teilweise zu resp. lehnen diese teilweise ab und fordern die Umklassierung eines spezifischen Projekts / spezifischer Projekte in ein Modul mit einer höheren Priorität.
- Einige Gemeinden der Regionalkonferenz Bern-Mittelland unterstützen die Forderung des Kantons Bern, das Projekt Wankdorf - Muri dem Modul 2 und nicht dem Modul 3 zuzuordnen.
- Centre Patronal und SGV/USAM weisen darauf hin, dass die Engpassbeseitigung im Raum Genf und Zürich prioritär ist. Gemäss Centre Patronal seien Einstufungen ins Modul 4 in diesen Räumen undenkbar.
- ASTAG und ACS weisen darauf hin, dass unbedingt auch Projekte aus den Modulen 3 und 4 sowie weitere im strategischen Entwicklungsprogramm aufgelistet werden müssten und eingehend zu erörtern seien.
- Einige der Konsultierten weisen darauf hin, dass die Projekte in Modul 4 nicht aus den Augen verloren und bei Bedarf neu priorisiert werden müssten.
- Der TCS verlangt eine raschere Realisierung der Module 1 und 2. Zudem sollen grundsätzlich alle Engpässe der Problemstufen II und III beseitigt werden.
- Die BPUK findet, dass sich das Programm insgesamt bewährt hat. Nicht nachvollziehbar seien Rückstufungen von Modul 2 ins Modul 3, wenn der Problemdruck unbestritten sei.
- Die Kantone Appenzell Innerrhoden, Graubünden, Neuenburg und Freiburg sind nicht direkt betroffen und verzichten deshalb auf eine Äusserung zur Modulzuteilung.

Die Kantone fordern folgende Anpassungen am Programm Engpassbeseitigung:

Wer	Projekt	Modul gemäss Vorlage Bund	Modul gemäss Antrag Kantone	Bemerkungen der Kantone zu ihren Anträgen
AG	Aarau Ost bis Birrfeld	3	2	
AG	Oftringen - Aarau Ost	--	4	
AG	Birrfeld - Wettingen	4		Aarau Ost - Birrfeld - Baregg planerisch weiterverfolgen
BE	Wankdorf - Muri mit Bypass Ost kurz	3	2	
BL	STOT, Schwarzwaldtunnel - Hagnau (alte Variante) Hagnau - Liestal Liestal - Augst	2 3 **	2	Gesamtheitlich betrachten
LU / NW	Gesamtsystem Bypass	3	2	
OW	Sarnen Nord - Alpnach Süd	4	3	Abschnitt bis Verzweigung Lopper aufnehmen
SH	2. Röhre Fäsenstaubtunnel Schaffhausen	3	2	
ZH	Umfahrung Winterthur	2	1	
TI	Lugano Süd - Mendrisio	3	2	
VD	Vengeron - Coppet Coppet - Nyon Villars St. Croix - Cossonay Engpass Crissier, Phase 2	2 3 3 2	1 1 1 1	
VS	Villars St. Croix - Montreux	4	3	

** Fahrstreifenergänzung von weniger als 2 Kilometer; wird ausserhalb des Infrastrukturfonds über die Spezialfinanzierung Strassenverkehr realisiert.

3.3.3. Finanzierung Projekte Modul 3

zusätzliche finanzielle Mittel für Projekte Modul 3	Ja	Nein
• Kantone / Kantonskonferenz	24	--
• Parteien und Sektionen	10	2
• Gemeinden / Städte / Bezirke / Regionen	19	--
• Gesamtschweizerische Verbände / weitere Institutionen	31	4

- Viele der Konsultierten schlagen vor, auch für die Projekte in Modul 4 finanzielle Mittel zu beantragen.
- Die Parteien und verschiedene Verbände sprechen sich mehrheitlich für zusätzliche finanzielle Mittel für die Projekte des Moduls 3 aus, weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass diese nicht zu Lasten der Wirtschaft generiert werden sollen.
- Die glp schlägt vor, für Projekte finanzielle Mittel zu beschaffen, die bis 2030 mit einer Verkehrszunahme von 10 % einen gravierenden Engpass ausweisen. Projekte wie Wankdorf-Muri würden grundsätzlich unterstützt. Die Projekte des Moduls 3 sollen des-

halb in zwei Gruppen geteilt werden, solche die finanziert, und solche, die nicht finanziert werden sollen.

- Einige wenige Konsultierte wollen den Finanzierungsvorschlag des Bundesrates abwarten und verweisen auf den Strasseninfrastrukturfonds und das strategische Entwicklungsprogramm.
- Die SP und die strassenskeptischen Institutionen und Verbände sind der Auffassung, dass mehr Mittel für die Agglomerationsprogramme und nicht für die Engpassbeseitigung beantragt werden sollten.
- Die strassenfreundlichen Verbände und Institutionen weisen darauf hin, dass ohne Quersubventionierung der Schiene genügend finanzielle Mittel für die Strasse vorhanden wären.
- Die Region Bern schlägt vor, dass finanzielle Mittel vor allem dort investiert werden sollen, wo durch die Engpassbeseitigung gleichzeitig Siedlungsqualität geschaffen wird.

3.3.4. Weitere Bemerkungen

- Die Region Bern weist darauf hin, wie wichtig die ergänzenden Verkehrsmanagement-Massnahmen sind. Sie wünscht eine Beteiligung des Bundes an den dafür nötigen baulichen Massnahmen auf dem untergeordneten Strassennetz.
- Die Region Bern wünscht, dass ein Zubringer Zollikofen und der Anschluss Grauholz zum Engpassbeseitigungsprojekt gehören.
- Die Gemeinde Lausanne erinnert an die Wichtigkeit des Anschlusses Blécherette, dessen Realisierung die Entwicklung Lausanne Nord-Ost erlaubt.
- Einige der Konsultierten weisen darauf hin, dass der Blick auf das Gesamte nicht aus Augen verloren werden dürfe. Sie schlagen vor, einen Prozess zu definieren, in dem Projekte als Einheit abgehandelt würden.
- Strassenskeptische Verbände und Institutionen befürchten, dass mehr Strassen, mehr Verkehr und damit Zersiedelung bedeuten. Dies würde einer Reduktion der CO₂-Emission entgegenstehen. Sie sind der Auffassung, dass neue Technologien in der Autoindustrie automatisch eine Verflüssigung des Verkehrs bewirken werden. Dadurch würden die Kapazitäten der Infrastrukturen erhöht, ohne dass diese ausgebaut werden müssten.
- Einige Konsultierte weisen auf die hohe Bedeutung einer Koordination der verschiedenen Finanzierungsgefässe hin: Diese seien nicht gegeneinander auszuspielen. Eine Weiterfinanzierung des Schienenverkehrs durch den Strassenverkehr sei kritisch zu hinterfragen.
- Einige Konsultierte weisen darauf hin, dass die Vorlage erst ein Anfang sei, um die über Jahre vernachlässigten Investitionen in die Strasseninfrastruktur an die aktuellen und künftigen Bedürfnisse anzupassen.

4. Liste der Vernehmlassungsadressaten mit eingereichten Stellungnahmen

4.1. Kantone / Kantonskonferenz

- AG, Regierungsrat des Kantons Aargau
- AI, Landammann und Standeskommission des Kantons Appenzell Innerrhoden
- AR, Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden
- BE, Regierungsrat des Kantons Bern
- BL, Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft
- BPUK, Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz, 3000 Bern 7
- BS, Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
- FR, Le conseil d'État du Canton de Fribourg
- GE, Le conseil d'État du Canton de Genève
- GL, Regierungsrat des Kantons Glarus
- GR, Regierung des Kantons Graubünden
- JU, Gouvernement de la République et Canton du Jura
- LU, Regierungsrat des Kantons Luzern
- NE, Le conseil d'État du Canton de Neuchâtel
- NW, Landammann und Regierungsrat des Kantons Nidwalden
- OW, Regierungsrat des Kantons Obwalden
- SG, Regierung des Kantons St. Gallen
- SH, Regierungsrat des Kantons Schaffhausen
- SO, Regierungsrat des Kantons Solothurn
- SZ, Regierungsrat des Kantons Schwyz
- TG, Regierungsrat des Kantons Thurgau
- TI, Il Consiglio di Stato del Cantone Ticino
- UR, Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri
- VD, Le conseil d'État du Canton de Vaud
- VS, Le conseil d'État du Canton du Valais
- ZG, Regierungsrat des Kantons Zug
- ZH, Regierungsrat des Kantons Zürich

4.2. Gemeinden / Städte / Bezirke / Regionen

- Bezirk Gonten, 9108 Gonten AI
- Bezirk Rüte, 9050 Appenzell AI
- Bezirksrat Appenzell, 9050 Appenzell AI
- Commune de Lully, 1132 Lully VD
- Comune di Chiasso, 6830 Chiasso TI
- Gemeinde Egnach, 9315 Neukirch-Egnach TG
- Gemeinde Gais, 9056 Gais AR
- Gemeinde Gaiserwald, 9030 Abtwil SG
- Gemeinde Häggenschwil, 9312 Häggenschwil SG
- Gemeinde Horn, 9326 Horn TG
- Gemeinde Muri, 3074 Muri BE
- Gemeinde Schönengrund, 9105 Schönengrund AR
- Gemeinderat Stadt Bern, 3000 Bern 8 BE
- Gemeinde Teufen, 9053 Teufen AR
- Gemeinde Waldstatt, 9104 Waldstatt AR
- Hauptstadtregion Schweiz, 3000 Bern 14
- Municipalité de Lausanne, 1002 Lausanne VD
- Municipalité de Nyon, 1260 Nyon VD
- Region Appenzell AR - St. Gallen - Bodensee, 9000 St. Gallen

- Stadt Arbon, 9320 Arbon TG
- Stadt Bern, Gemeinde Ittigen, Gemeinde Muri bei Bern, Gemeinde Ostermundigen, Gemeinde Zollikofen, Regionalkonferenz Bern-Mittelland, 3000 Bern
- Stadtrat Winterthur, 8402 Winterthur ZH
- Stadt Rohrschach, 9401 Rohrschach SG
- Stadt St. Gallen, 9000 St. Gallen SG

4.3. Politische Parteien

- CVP, Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz, 3001 Bern
- CVP des Kantons Appenzell Innerrhoden, 9050 Appenzell
- CVP der Stadt St. Gallen, 9000 St. Gallen
- EVP, Evangelische Volkspartei der Schweiz, 3000 Bern
- FDP.Die Liberalen Schweiz, 3001 Bern
- FDP.Die Liberalen des Kantons St. Gallen, 9000 St. Gallen
- FDP.Die Liberalen der Stadt St. Gallen, 9001 St. Gallen
- FDP.Die Liberalen der Gemeinde Teufen, 9053 Teufen
- glp, Grünliberale Partei Schweiz, 3000 Bern 7
- Partipirate, 1337 Vallorbe
- SP, Sozialdemokratische Partei der Schweiz, 3003 Bern
- SVP, Schweizerische Volkspartei, 3001 Bern
- SVP des Kantons St. Gallen, 9000 St. Gallen

4.4. Gesamtschweizerische Verbände / Vereine / Organisationen

- ACS, Automobil Club der Schweiz, 3000 Bern 13
- AGVS, Auto Gewerbe Verband Schweiz, Sektion St. Gallen-Appenzell und Fürstentum Liechtenstein, 9001 St. Gallen
- Alpen-Initiative, 6460 Altdorf
- ASTAG, Schweizerischer Nutzfahrzeugverband, 3007 Bern
- Bauenschweiz, 8042 Zürich
- Cargo Forum Schweiz, 8142 Uitikon
- Centre Patronal, 1094 Paudex
- economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen, 8032 Zürich
- Fachverband INFRA, 8042 Zürich
- Greenpeace, 8031 Zürich
- Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz, IGS DHS, 3001 Bern
- KV, Kaufmännischer Verband Schweiz, 8027 Zürich
- Les Routiers Suisses, 1026 Echandens
- Pro Natura, 4018 Basel
- Schweizer Arbeitgeberverband, 8032 Zürich
- SAB, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, 3001 Bern
- SBV, Schweizer Baumeisterverband, 8042 Zürich
- SBV, Schweizer Bauernverband, 5201 Brugg
- SGemV, Schweizerischer Gemeindeverband, 3322 Schönbühl-Urtenen
- SGV, Schweizerischer Gewerbeverband, 3001 Bern
- SSV, Schweizerischer Städteverband, 3001 Bern
- Strasseschweiz, 3001 Bern
- TCS, Touring Club Schweiz, 3001 Bern
- VAP, Verband der verladenden Wirtschaft, 8142 Uitikon
- VCS, Verkehrs-Club der Schweiz, 3001 Bern

4.5. Weitere

- ACS, Sektion St. Gallen-Appenzell, 9001 St. Gallen
- ASTAG Sektion Ostschweiz/FL, 9001 St. Gallen
- Autoroute de Morges - Collectif pour une mobilité sans nouvelle autoroute, 1132 Lully
- Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève CCIG, 1204 Genève
- Eurodriver AG, 9450 Altstätten SG
- FER, Fédération des Entreprises Romandes, 1211 Genève 11
- Gewerbe Stadt St. Gallen, 9001 St. Gallen
- Handelskammer beider Basel, 4010 Basel
- Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, 3001 Bern
- HEV Kanton St. Gallen, 9001 St. Gallen
- HEV St. Gallen, 9001 St. Gallen
- IG Engpassbeseitigung St. Gallen, 9001 St. Gallen
- Industrieverein von Appenzell AR, 9100 Herisau
- Kantonaler Gewerbeverband St. Gallen, 9001 St. Gallen
- Regionalplanungsgruppe Oberthurgau, 9320 Arbon
- TCS, Regionalgruppe St. Gallen und Umgebung, 9000 St. Gallen
- Wirtschaft Region St. Gallen, 9001 St. Gallen